

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Andreas Biebricher (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

Situation am Koblenzer Hauptbahnhof II

Die **Kleine Anfrage 3684** vom 20. August 2015 hat folgenden Wortlaut:

Der Bahnhofsvorplatz ist für sehr viele mit Bahn oder Bus ankommende Reisende die Visitenkarte einer Stadt. Am Koblenzer Hauptbahnhof kommt es seit geraumer Zeit verstärkt zu aggressivem Betteln, Drogenhandel, Alkoholkonsum mit einhergehendem sozial unangemessenem Verhalten wie dem Verrichten der Notdurft in der Öffentlichkeit. Auch ist eine verstärkte Vermüllung festzustellen.

Bahnkunden, Passanten und Schüler meiden mittlerweile möglichst den Bahnhofsvorplatz.

Laut Rhein-Zeitung vom 15. August 2015 hat das Versorgungswerk der rheinland-pfälzischen Rechtsanwaltskammer der Polizei bereits vor Jahren angeboten, in einem ihrer Gebäude am Bahnhofsvorplatz kostenfrei eine Art Polizeiwache einzurichten, um die Ruhe und Ordnung auf dem Platz zu gewährleisten.

Neben den Wohnungslosen, die sich schon seit Jahren auf dem Bahnhofsvorplatz aufhalten, hält sich seit einiger Zeit eine weitere Gruppe, überwiegend osteuropäischer Herkunft, dort auf.

Nach § 4 Satz 1 Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (Freizügigkeitsgesetz/EU – FreizügG/EU) haben nicht erwerbstätige Unionsbürger und ihre Familienangehörigen, die den Unionsbürger begleiten oder ihm nachziehen, das Recht nach § 2 Abs. 1 FreizügG/EU, wenn sie über ausreichenden Krankenversicherungsschutz und ausreichende Existenzmittel verfügen.

Der Verlust des Rechts nach § 2 Abs. 1 FreizügG/EU kann unbeschadet des § 2 Abs. 7 und des § 5 Abs. 4 nur aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit (Artikel 45 Abs. 3, Artikel 52 Abs. 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union) festgestellt und die Bescheinigung über das Daueraufenthaltsrecht oder die Aufenthaltskarte oder Daueraufenthaltskarte eingezogen werden gemäß § 6 Abs. 1 Satz FreizügG/EU.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Findet eine Zusammenarbeit zwischen dem Ordnungsamt, dem Sicherheits- und Ordnungsdienst der Deutschen Bahn AG, der Bundespolizei und der Polizei statt? Wenn nein, warum nicht?
2. Ist es zutreffend, dass das Versorgungswerk der rheinland-pfälzischen Rechtsanwaltskammern seit Jahren anbietet, in einem seiner Gebäude am Bahnhofsvorplatz kostenfrei eine Art Polizeiwache einzurichten, um die Ruhe und Ordnung auf dem Platz zu gewährleisten? Wenn ja, warum wurde dieses Angebot nicht angenommen?
3. Finden gemeinsame Streifengänge zwischen Polizei, Bundespolizei und Koblenzer Ordnungsamt statt? Wenn nein, warum nicht?
4. Fanden aufgrund des Verdachts auf Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten anlassbezogene Überprüfungen sich dauerhaft auf dem Bahnhofsvorplatz aufhaltender osteuropäischer wohnungsloser EU-Bürgerinnen und EU-Bürger statt?
5. Wenn ja, wurde überprüft, ob diese Personen über einen für ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland nach den in der Einleitung aufgeführten Bestimmungen des FreizügG/EU notwendigen ausreichenden Krankenversicherungsschutz und über ausreichende Existenzmittel verfügen? Wenn nein, warum nicht?
6. In wie vielen Fällen kam es zur Feststellung des Verlusts des Freizügigkeitsrechts und der damit einhergehenden Ausreisepflicht durch die Koblenzer Ausländerbehörde (bitte aufgegliedert nach Staatsangehörigkeiten und nach den Jahren 2012, 2013, 2014 und 2015)?
7. In wie vielen Fällen wurde trotz bekannter fehlender Voraussetzungen für das EU-Freizügigkeitsrecht von der Durchsetzung aufenthaltsrechtlicher Konsequenzen abgesehen?

b. w.

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 11. September 2015 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Das Polizeipräsidium Koblenz arbeitet aufgrund der sich in Teilbereichen überschneidenden Zuständigkeiten eng mit dem Ordnungsamt der Stadt Koblenz zusammen.

Die örtliche Zuständigkeit der Bundespolizei beschränkt sich auf den Hauptbahnhof, wobei der Bereich vor dem Hauptbahnhof im Zuständigkeitsbereich der Landespolizei liegt. Sofern die jeweils zuständige Dienststelle für entsprechende Einsatzzlagen jedoch Unterstützung benötigt, erfolgt diese einvernehmlich wechselseitig in Form von Amts-/Vollzugshilfe oder im Rahmen der Eilfallkompetenz, wenn die jeweils zuständige Dienststelle nicht rechtzeitig am Ereignisort erscheinen kann.

Der Ordnungsdienst der Deutschen Bahn AG ist privatrechtlich zur Anwendung der sog. „Jedermannsrechte“ und Durchsetzung des Hausrechts im Hauptbahnhof befugt. Bei Einsatzzlagen im Zuständigkeitsbereich der Polizei unterstützt der Ordnungsdienst die Beamten im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten und umgekehrt.

Zu Frage 2:

Etwaige Raumangebote des Versorgungswerks der rheinland-pfälzischen Rechtsanwaltskammer liegen dem Polizeipräsidium Koblenz nicht vor. Diesbezüglich besteht auch kein Bedarf, da die Polizeiinspektion Koblenz 1 den Bahnhof rund um die Uhr in weniger als fünf Minuten erreichen kann.

Zu Frage 3:

Im Rahmen der Zusammenarbeit finden gemeinsame Streifengänge von Bediensteten des Polizeipräsidiums und der Stadtverwaltung Koblenz statt. Da für die Bundes- und Landespolizei im Bereich des Hauptbahnhofs Koblenz verschiedene örtliche Zuständigkeiten gelten, werden keine gemeinsamen Streifengänge durchgeführt.

Zu Frage 4:

Dem Polizeipräsidium und der Stadtverwaltung Koblenz ist nicht bekannt, dass sich auf dem Bahnhofsvorplatz dauerhaft osteuropäische wohnungslose EU-Bürger aufhalten.

In diesem Jahr wurde lediglich ein Verfahren gegen einen osteuropäischen wohnungslosen EU-Bürger geführt. Dieser wurde an verschiedenen Örtlichkeiten im Stadtgebiet von Koblenz, insbesondere auch am Hauptbahnhof, angetroffen.

Zu Frage 5:

Bekanntlich entsteht das Freizügigkeitsrecht originär aufgrund von Unionsrecht. Daher ist bei Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen zunächst grundsätzlich vom Bestehen der Voraussetzungen des Freizügigkeitsrechts auszugehen. Die Ausländerbehörde kann drei Monate nach der Einreise die Glaubhaftmachung der Voraussetzungen des Freizügigkeitsrechts und somit auch den Nachweis ausreichender Existenzmittel verlangen (§ 5 Absatz 2 Satz 1 FreizügG/EU). Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass ausreichende Existenzmittel vorliegen, wenn während des Aufenthalts keine Leistungen nach SGB II oder SGB XII in Anspruch genommen werden. Wenn allerdings im Einzelfall nachträglich ein Antrag auf entsprechende Leistungen gestellt wird, liegt ein besonderer Anlass im Sinne des § 5 Abs. 3 FreizügG/EU für eine Überprüfung des Fortbestands der Voraussetzungen für das Freizügigkeitsrecht vor.

Der Ausländerbehörde sind bei der Wahl der Mittel, die sie zur Glaubhaftmachung fordern darf, Grenzen gesetzt (§ 5 a FreizügG/EU). Die Beweislast bezüglich der Feststellung des Nichtbestehens des Freizügigkeitsrechts obliegt der Ausländerbehörde. Dies entbindet die Betroffenen nicht von ihrer Mitwirkungsobliegenheit, gegebenenfalls auch im Rahmen einer Befragung durch die zuständige Behörde. Die beweispflichtige Behörde hat die Möglichkeit zur Beweiserhebung, zum Beispiel durch Fragen an den Betroffenen.

Erst wenn konkrete „Verdachtsfälle“ aktenkundig werden, können seitens der Ausländerbehörde von Amts wegen entsprechende aufenthaltsrechtliche Maßnahmen ergriffen werden.

Zu den Fragen 6 und 7:

Bezogen auf den Bahnhofsvorplatz kam es seit 2012 lediglich in einem Fall zur Feststellung des Verlustes des Freizügigkeitsrechts (vgl. Antwort zu Frage 4). Weitere Fälle fehlender Voraussetzungen nach dem EU-Freizügigkeitsrecht sind nicht verzeichnet.

Roger Lewentz
Staatsminister